

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

NAVITI 14

Bonn, den 29. Juli 1963

zur Veröffentlichung in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1	Zu "neuen" Ufern ----- Bemerkenswertes aus der Propagandakiste der CDU	46
2	Vor dem Kongreß der Sozialistischen Internationale ----- Führungsgremien tagten in London Von Eberhard Dingels	45
4	Zum Gedenken an August Bebel ----- Professor Édouard Heilmann spricht in Köln Von Professor Gerhard Weisser	65
4	Fluchtbewegung farbiger Studenten aus dem Ostblock hält an ----- Herzliche Aufnahme in der Bundesrepublik	28
6	"Stalinistisches" Regime in Südafrika ----- Internationale Juristenkommission appelliert an das Weltgewissen Von Bruno Kaster, Genf	40
8	Wasser und Nahrung für 20 Millionen Menschen ----- Gigantisches Projekt der Vereinten Nationen Von unserem Mitarbeiter aus Thailand	48

Chefredakteur Günter Markschaffel

Zu "neuen" Ufern

Bemerkenswertes aus der Propagandakiste der CDU

sp - Die CDU/CSU hat dem Vernehmen nach einige begabte Mitarbeiter "abgestellt" und ihnen den Auftrag gegeben, sofort nach der Halbzeit der jetzigen Legislaturperiode - also etwa im Oktober dieses Jahres - den aus den Ferien erfrischt und erholt heimkommenden Bundesbürgern ein Feuerwerk zukünftiger Glanzleistungen darzubieten. Da soll unter anderem eine "ganz neue Finanzpolitik", eine "epochenmachende Gesundheitspolitik", die Förderung von Wissenschaft und Kultur, eine "umwälzende Raumplanung" und vieles mehr angekündigt werden. In Vorbereitung der Wahl von 1965 will man auf diese Weise ein der CDU günstiges Klima entwickeln, in dem der Bundesbürger wie ein hypnotisiertes Kaninchen auf seine großartige Zukunft blicken soll. Daß hierbei ein "zweites Sozialpaket" in den Vordergrund geschoben wird, versteht sich am Rande.

Dieses Unternehmen ist deswegen interessant, weil die Sachbearbeiter der ganz neuen CDU-Programmatik angewiesen sind, bei ihren zukunftssträchtigen Vorhaben insbesondere sozialdemokratische Forderungen auf allen Gebieten der Innenpolitik als CDU-eigene Erfindungen darzustellen. Man hat sich ausgerechnet, daß die deutsche Öffentlichkeit durchaus für politische Themen ansprechbar ist, die im Bereich der täglichen Sorgen eines jeden Bürgers liegen.

In der Fachsprache der Propagandisten nennt man diese CDU-Methode DIE SHOW STEELLEN.

Wir sind darüber gar nicht böse, denn wir haben großes Vertrauen in die Urteilsfähigkeit unserer Mitbürger. Sehr bald werden diese sich nämlich fragen, warum denn die CDU nicht schon längst alles das verwirklicht hat, was sie jetzt lauthals von einer CDU-Regierung fordert. Wenn zum Beispiel der CDU-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Süsterhagen einem staunenden Publikum erzählt, er sei für eine schnelle Verbesserung des Kindergeldes, oder wenn Herr Lenz, Minister für Wissenschaftsförderung, im Brustton der Überzeugung verkündet, jetzt müsse endlich die Wissenschaft ausgiebig gefördert werden - dann fragt sich doch jeder, warum die CDU/CSU, die seit nunmehr 4 Jahren ununterbrochen regiert, nicht alle diese guten Absichten schon längst verwirklicht hat.

Bei der FDP, der anderen Regierungspartei, beschäftigt sich zur Zeit auch ein Arbeitsteam mit ähnlichen Dingen. Die FDP will sich natürlich nicht die Butter vom Brot nehmen lassen und läßt schon jetzt erkennen, daß ihre Minister noch viel mehr dem Wähler schenken wollen als die ihrer Koalitionspartner CDU/CSU.

Wir freuen uns schon sehr auf diesen sich abzeichnenden Wettlauf zwischen den Koalitionspartnern um die Gunst des bundesrepublikanischen Wählers. Vielleicht werden bei dieser Gelegenheit endlich einmal alle Unterlassungssünden in das Bewußtsein der Bundesbürger dringen, die von den vier Regierungen Adenauer/Erhard begangen worden sind. Wir werden unseren Teil gern dazu beitragen.

Vor dem Kongreß der Sozialistischen Internationale

Führungsgremien tagten in London

Von Eberhard Dingels

Unter Leitung des Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, tagten in der vergangenen Woche die Führungsgremien der Sozialistischen Internationale in London. In einer Arbeitssitzung beschäftigte sich das Büro der Sozialistischen Internationale mit der internationalen Lage und den Vorbereitungen für den September-Kongreß aller Sozialdemokratischen Parteien der Welt in Amsterdam. In Anwesenheit des Führers der britischen Labour-Party, Harold Wilson, und anderer führenden Vertreter sozialdemokratischer Parteien Europas hörte das Büro einen Bericht des Unterausschusses für Entwicklungsländer bei der Internationale über die Lateinamerika-Mission, die im Auftrage der Sozialistischen Internationale mehrere Monate lang eine Informationsreise durch den Lateinamerikanischen Kontinent unternommen hatte.

Alle Anwesenden unterstrichen in ihren Berichten die große Bedeutung dieser Reise, die für die Zusammenarbeit der sozialfortschrittlichen Kräfte in diesem Teile der Welt so außerordentlich groß ist.

In einer Erklärung zu den Moskauer Verhandlungen über einen Atomversuchs-Stopp begrüßte das Büro der Internationale die Bemühungen der Großmächte, durch ein solches Abkommen zur Entspannung der internationalen Lage beizutragen. Das Büro würdigte die Bemühungen des Führers der britischen Labour-Party bei seinem kürzlichen Besuch in Moskau, den sowjetischen Politikern ein begrenztes Abkommen über die Einstellung von Kernwaffenversuchen nahegelegt zu haben. Außerdem wurde mit Nachdruck auf die wachsende Gefahr einer weiteren Vorbereitung von Atomwaffen hingewiesen. Nach Ansicht des Büros der Internationale könne eine solche Gefahr am besten durch eine allgemeine kontrollierte Abrüstung eingedämmt werden.

Die Mitglieder des Büros der Internationale, an deren Londoner Sitzung für die SPD auch der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundstagsfraktion, Fritz Erler, teilnahm, beschlossen die Tagesordnung für den Amsterdamer Kongreß, auf dem zu den verschiedenen Themen prominente Politiker der sozialdemokratischen Parteien sprechen werden. Zu ihnen werden u.a. gehören: der schwedische Ministerpräsident Tage Erlander, der österreichische Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann, der Führer der britischen Labour-Party Harold Wilson, der Generalsekretär der SFIO Guy Mollet, der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak und der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer.

Die deutsche Delegation zum Kongreß der Internationale umfaßt Erich Ollenhauer, Herbert Wehner, Willy Brandt, Alfred Kau, Prof. Carlo Schmid, Dr. Heinrich Leist, Fritz Erler, Willi Birkelbach und Martha Schanzknecht.

Auf der Sitzung des Unterausschusses für Entwicklungsländer, die der Sitzung des Büros der Internationale vorgeschaltet war, wurden wichtige Fragen der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern erörtert.

Zum Gedenken an August Bebel

Professor Eduard Heimann spricht in Köln

Von Professor Gerhard Weisser

Am 15. August 1913 ist in der Schweiz August Bebel, der bedeutende Führer der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg, gestorben. Zum Gedächtnis an seinen 50. Todestag lädt der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu einer Gedenkstunde am 1. August 1963 in den Kölner Gürzenich ein. Die Wahl des Ortes erinnert daran, daß August Bebel im Jahre 1849 als Sohn eines preussischen Unteroffiziers in Köln-Deutz geboren wurde. Die Gedenkrede auf den Drechslergesellen, Mitbegründer und Führer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, den Parlamentarier und sozialistischen Autor, August Bebel, wird Professor Eduard Heimann halten.

Eduard Heimann, 1889 in Berlin geboren, beendete sein Studium der wirtschaftlichen Staatswissenschaften (1908 - 1912 in Heidelberg, Wien und Berlin), währenddessen er auch bei Alfred Weber und Franz Oppenheimer hörte, 1912 mit der Promotion zum Dr. phil. in Heidelberg. Nach anfänglicher Tätigkeit in der Privatwirtschaft wurde er 1919 Generalsekretär der ersten Sozialisierungskommission und war 1921 - 1922 Sekretär der zweiten Sozialisierungskommission für die Reparations- und Steuerfragen. 1922 habilitierte er sich in Köln und lehrte dann von 1922 - 1925 als Privatdozent in Freiburg, Breisgau vor allem Finanzwissenschaft und Sozialpolitik, bevor er 1925 einen Ruf als ordentlicher Professor für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg erhielt.

1933 mußte er, wie so viele seiner Kollegen, Deutschland verlassen. In New York fand er mit anderen emigrierten deutschen Sozialwissenschaftlern, Juristen und Philosophen ein neues Betätigungsfeld an der New School for Social Research, die den Gelehrten, wie Arnold Brecht in der Widmung seiner "Politischen Theorie" sagt, gab, "was sie für ihre Arbeit brauchten: ein Dach über dem Kopf und Freiheit". In New York ist Heimann seit 1950 auch Dozent am Union Theological Seminary. Zwar hat er nach dem Ende des zweiten Weltkrieges zu Gastvorlesungen und Forschungen wiederholt, auch für längere Zeit, Deutschland besucht, doch ist er dorthin nichtwendig zurückgekehrt.

Nachdem ihm 1948 die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät seiner alten Universität Hamburg, deren emeritierter ordentlicher Professor er noch heute ist, den Ehrendoktorgrad verliehen hatte, widmete ihm 1959 die damalige Akademie für Gemeinwirtschaft, die heute "Akademie für Wirtschaft und Politik" heißt, zu seinem 70. Geburtstag den 4. Jahrgang ihres Hamburger Jahrbuchs für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik als Festgabe. Wenn dieser Band mit 26 Beiträgen von Freunden, Kollegen und Schülern des Jubilars den Titel "Zur Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft" erhielt, so wurde damit das wissenschaftliche Lebenswerk Heimanns charakterisiert. Die bedeutendsten unter seinen zahlreichen Veröffentlichungen sind diesem Thema gewidmet: die "Soziale Theorie des Kapitalismus" von 1929, "Freiheit und Ordnung" von 1950, "Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme" von 1954, "Vernunftglaube und Religion in der modernen Gesellschaft" von 1955 und sein neuestes Buch "Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme", 1963.

Eine seiner ersten Publikationen war das Buch "Mehrwert und Gemeinwirtschaft" (1922), das, wie sein Untertitel sagt, "kritische und positive Beiträge zur Theorie des Sozialismus" enthält. Mit seiner Kritik der ökonomischen Lehren von Karl Marx und der Entwicklung einer eigenen Konzeption für eine sozialistische Wirtschaftsordnung auf der Grundlage eines Sozialismus als sittlicher Idee für die Ordnung menschlichen Zusammenlebens begründete er seinen Ruf als bedeutender Theoretiker des Sozialismus in der Zeit der Weimarer Republik. Bis 1933 erschienen dann noch weitere Beiträge zum Sozialismus, so die Schrift "Die sittliche Idee des Klassenkampfes und die Entartung des Kapitalismus", 1926, eine Sammlung von Reden und Aufsätzen unter dem Titel "Kapitalismus und Sozialismus", 1931, und die Schrift "Sozialistische Wissenschafts- und Arbeitsordnung", 1932. Als tief in christlichem Denken wurzelnder Gelehrter war er mit Paul Tillich, mit dem ihn enge freundschaftliche Beziehungen verbanden und der von 1930 bis 1933 die "Neuen Blätter für den Sozialismus" herausgab, einer der führenden Vertreter des religiösen Sozialismus in Deutschland.

+ + +

Fluchtbewegung farbiger Studenten aus dem Ostblock hält an

sp - Ein Durchgangswohnheim für aus dem Ostblock geflüchtete Studenten aus Entwicklungsländern errichtete kürzlich in Wickrath bei Düsseldorf das Sozialamt des Bundesstudentenringes, nachdem diese Fluchtbewegung, vor allem afrikanischer Studenten, unvermindert anhält und deren Gesamtzahl inzwischen 400 weit überstiegen hat. In dem ehemaligen Durchgangsheim für 1.000 SBZ-Flüchtlinge sind die rund 50 jeweils dort betreuten jungen Afrikaner, unter ihnen ein Sohn des Innenministers von West-Nigeria, die einzelnen Ostblockflüchtlinge, denen ein Überqueren des Eisernen Vorhanges noch ohne Gefahr für Leib und Leben möglich ist. Sie werden dort vom Sozialamt aufgenommen, mit einer Überbrückungshilfe versehen und nach einer Prüfung der Zeugnisse, Vorbildung und Fluchtgründe an die hiesigen Hochschulen oder gegebenenfalls Sprachkurse zur Fortsetzung des Studiums weitergeleitet. Die ausgedehnte Selbstverwaltung im Heim und dessen zurückhaltende Leitung durch einen deutschen Pädagogen führt bei der an die Zustände der Ostblock-Hochschulen gewöhnten Afrikaner laufend zu der erstaunt gestellten Frage, wieso es hier keine Postzensur, Sperrstunde und laufende Überwachung gäbe. Bei längerem Aufenthalt können die Studenten freiwillig eine Praktikantentätigkeit in der umliegenden Industrie aufnehmen und Vorbereitungs- und Sprachkurse im Heim besuchen. Einen arabischen Studenten gelang kürzlich eine abenteuerliche Flucht aus Rumänien mit seiner rumänischen Frau, nachdem ihm die dortigen Behörden die Auslieferung seines Passes verweigerten. Ebenso meldete sich im Heim kürzlich der Vorsitzende der ghanaischen Studentenorganisation in der Ukraine, der nach heftigen Differenzen mit sowjetischen Behörden wegen seiner Verbandsführung sich in den Westen absetzte, wie auch der Vizepräsident der nationalen somalischen Studentenverbände nach kurzem Studium in Prag in die Bundesrepublik kam.

+ + +

"Stalinistisches" Regime in Südafrika

Von Bruno Kuster, Genf

Mit der Einführung der General Law Amendment Act 1963 wurde Südafrika, wie die Internationale Juristenkommission in Genf in öffentlicher Erklärung feststellt, zu mehr als nur einem Polizeistaat. Mit ihren Gesetzen und Methoden ahmt die südafrikanische Regierung "die übelsten Ausschüsse des kommunistischen Stalin-Regimes nach. Freiheit gibt es nicht mehr". Aber der südafrikanische Justizminister Vorster erklärte, daß noch strengere Maßnahmen ergriffen würden, falls es sich als "nötig" erweisen sollte...

Mit dem Tode bestraft...

Mit dem Tode oder mindestens fünf Jahren Gefängnis wird jedermann bestraft, der in Zusammenarbeit mit irgendeiner ausländischen Regierung oder internationalen Institution die gewaltsame Herbeiführung "jedweder politischen, industriellen, sozialen oder wirtschaftlichen Veränderung in der Republik" befürwortet, empfiehlt, rechtfertigt oder ermutigt. Nach dieser Bestimmung kann jedermann, der beispielsweise ein Eingreifen der Vereinten Nationen für notwendig erachtet, gehängt werden. - Ferner sieht sich jeder Bewohner der Republik die Todesstrafe zu, der im Besitz von Informationen ist, welche die Ziele des "Kommunismus" begünstigen. In Südafrika wird alles mit "Kommunismus" bezeichnet, was der Regierungspolitik, insbesondere der Apartheid, entgegengesetzt ist. Die Untersuchungs- und Gerichtsbehörden wurden von der in Rechtsstaaten selbstverständlichen Pflicht entbunden, einem Angeklagten seine Schuld zu beweisen. Vielmehr muß jetzt der Angeklagte jeden "vernünftigen Zweifel" an seiner Unschuld widerlegen können, sonst wird er verurteilt. "Schuldig" ist in Südafrika jedermann, der seine Unschuld nicht schwarz auf weiß beweisen kann.

Unbegrenzte Untersuchungszeit

Jeder Polizeioffizier kann ohne Vollmacht auf eigene Initiative jedermann verhaften, der ihm verdächtig erscheint oder der verdächtig ist, Informationen über Vergehen anderer Personen zu besitzen. Der Verhaftete kann bis zu 90 Tagen in Untersuchungshaft gehalten werden, ohne mit einem Verteidiger oder seinen Familienangehörigen Fühlung nehmen zu können. Nach Ablauf dieser 90 Tage kann er sofort und immer wieder erneut verhaftet werden, "bis er auf alle Fragen befriedigend geantwortet hat". Der Justizminister präzisierte, daß ein Untersuchungsgefangener, wenn nötig, unbegrenzte Zeit in Haft gehalten werden kann. Über die Methoden, die angewendet werden, um einen Häftling zu ermuntern, auf alle Fragen befriedigend zu antworten, schweigt das Gesetz.

Nach Verbüßung der Strafe - Gefängnis

Ein Verwaltungsentscheid ermächtigt den Justizminister, nach eigenem Gutdünken jeden Strafgefangenen auch nach vollständiger Verbüßung seiner Strafe auf unbestimmte Zeit im Gefängnis zu behalten. Neuerdings können die Postbehörden auch ohne Anweisung des Staatsanwaltes alle Post-sachen, die ihnen verdächtig vorkommen, beschlagnehmen. Der Präsident der Republik wurde durch das neue Gesetz ermächtigt, rückwirkend vom 8. April 1960 (!) Organisationen und Vereine als ungesetzlich zu erklären. Jedermann, der nach diesem Datum einer solchen Organisation, die bis vor ja noch gar nicht verboten war, angehörte, macht sich strafbar. Strafbar ist auch die Zugehörigkeit zu Organisationen, die ähnlich heißen wie die verbotenen! Um das Bild abzurunden, erhielt der Generalstaatsanwalt das Recht, summarische Gerichtsverfahren, die sogar mit Todesstrafen enden können, durchzuführen, wenn immer das staatliche Interesse es verlangt. - Die Internationale Juristenkommission fordert die ganze zivilisierte Welt auf, die von der südafrikanischen Regierung getroffenen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Rassentrennungspolitik aufs Schärfste zu verurteilen.

Wasser und Nahrung für 20 Millionen Menschen

Gigantisches Projekt der Vereinten Nationen

Von unserem Mitarbeiter in Thailand

Zwanzig Millionen Menschen leben am Unterlauf des 4.000 Kilometer langen Mekong, der irgendwo auf der tibetanischen Hochebene entspringt: zwei Millionen in Laos, sieben Millionen in Thailand, fünf Millionen in Kambodscha und sechs Millionen in Vietnam. Der Mekong ist ihr Ernährer, denn alles stammt von ihm: Reis, Mais und Fisch. Er ist auch ihre wichtigste Verkehrsader. Aber seine unberechenbaren Launen können die Ernten und das Leben vernichten. Trotz politischer Spannungen bilden die vier Uferstaaten am Unterlauf des Mekong eine

Schicksalsgemeinschaft auf Gedeih und Verderb

Die Bändigung des Mekong ist für sie eine Existenzfrage, übersteigt aber bei weitem ihre finanziellen und technischen Mittel. Schon 1957 wurde mit Hilfe der Vereinten Nationen ein Ausschuss gegründet, der die Vorstudien zu koordinieren hatte. In allen vier Uferstaaten wurden Versuchsprojekte an die Hand gekommen. Aber der Bau großer Staudämme befindet sich noch im Stadium der Planung.

Würde der Tonle Sap, ein wichtiger Zufluß des Mekong, gestaut, könnten voraussichtlich 350.000 Hektar zusätzlich bewässert werden, wodurch die Reisproduktion um 100.000 Tonnen gesteigert würde. Gleichzeitig könnte Elektrizität erzeugt, die Schifffahrt erleichtert und der Fischfang ausgedehnt werden. Um die Auswirkungen eines Staudammes am Tonle Sap genau abzuschätzen und den besten Standort der Staumauer ausfindig machen zu können, hielt man, wie in solchen Fällen üblich, die Erstellung eines naturgetreuen Modells, welches das Stadium der Wasserführung und -strömung zu ermöglichen hätte, für unvermeidlich. Die Unesco entsandte drei Fachleute an die Ufer des Mekong, damit sie sich an Ort und Stelle mit den Verhältnissen vertraut machen können. Sie erkannten sehr bald, daß das geplante Modell ganz unerträgliche Dimensionen angenommen hätte: auf einer Fläche eines Hektars hätten Höhenunterschiede von einem Zehntel Millimeter verwirklicht werden müssen! Unter diesen Umständen entschloß sich die Unesco, anstelle des geplanten Modells die elektronische Rechenmaschine zu Rate zu ziehen.

Mathematische Gleichungen anstatt eines Modells

Anstatt die Abmessungen des Geländes und der Wasserführung naturgetreu in einem Modell zu reproduzieren, werden sie in mathematischen Gleichungen ausgedrückt, welche die Maschine in wunderbarer Schnelligkeit löst. Gleichzeitig errechnet sie die besten baulichen Lösungen, wobei sie den wirtschaftlichen, technischen und menschlichen Faktoren, deren Beachtung man ihr aufträgt, Raum gibt. Die Ergebnisse werden genau genug sein, um den Wasserstand im Mekong-Delta (70.000 km²) auf zehn Zentimeter genau abzuschätzen. Bei steigender Wasserführung muß die tägliche Zunahme an besonders wichtigen Punkten und zu den verschiedenen Jahreszeiten auf einen Zentimeter genau angegeben werden können.

Der Sonderfonds der Vereinten Nationen hat auf Ansuchen der vier Mekong-Uferstaaten das Forschungsprojekt finanziert. Die Unesco ernannte einen technischen Beraterausschuß, dem drei Hydrologen und zwei Mathematiker angehören. Ein französisches Unternehmen wurde mit der Durchführung der Arbeiten betraut, die bereits in vollem Gange sind. Das Ergebnis dieser Bemühungen wird ein fertiges Projekt für den Bau des Staudammes am Tonle Sap sein. Die Rechenmaschine wird den Mekong bändigen, wenn es den Menschen gelingt, den Krieg in Fesseln zu legen.